

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 6.-9. Juni 2022 Straßburg

Klimawandel: EU muss schneller handeln und Energieunabhängigkeit erreichen

Ein Großteil des EU-Klimapakets „Fit for 55“ steht zur Debatte und Abstimmung. Ziel ist die Bekämpfung des Klimawandels durch starke Senkung der Treibhausgasemissionen.

4

Ukraine: Ergebnisse des EU-Gipfels, Rada-Sprecher und Fragestunde mit Borrell

Debatte am Mittwoch über die Ergebnisse des vergangenen EU-Gipfels zur Ukraine. Am selben Tag wird der Präsident der ukrainischen Rada, Ruslan Stefantschuk, vor dem Plenum sprechen

6

Irischer Premierminister Micheál Martin spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ab 9:00 Uhr mit dem irischen Premierminister Micheál Martin über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

7

Zukunft Europas: Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge

Die Abgeordneten werden am Donnerstag eine erste Reihe von Änderungen der EU-Verträge fordern, um sicherzustellen, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden.

8

Gewinner des LUX-Filmpreises wird in Straßburg verkündet

Am Mittwoch, den 8. Juni um 12:00 Uhr wird der Gewinner des europäischen LUX-Publikumsfilmpreises 2022 während einer feierlichen Sitzung im Plenarsaal bekannt geben

10

Besorgnis über Freigabe von für 35,4 Mrd. Euro an Polen durch EU-Kommission

Das Parlament wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Freigabe der Aufbaumittel für Polen befragen, obwohl die Rechtsstaatlichkeit dort weiterhin bedroht ist.

11

Krieg in der Ukraine: EU muss ihre außenpolitischen Verpflichtungen umsetzen

Als Reaktion auf Russlands Krieg in der Ukraine fordern die Abgeordneten eine schnellere Umsetzung der Erklärung von Versailles durch einen grundlegenden Wandel der EU-Außenpolitik

13

Türkei: Menschenrechtslage verschlechtert sich weiter

Die Abgeordneten warnen die Türkei, dass sie ihre Menschenrechtsbilanz verbessern muss, wenn die Beitrittsgespräche fortgesetzt werden sollen.

14

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Am Donnerstag wollen die Abgeordneten das neue internationale Instrument billigen, das Drittländer dazu bringen soll, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für die EU zu öffnen.

15

USA: Abgeordnete wollen mögliche Aufhebung der Abtreibungsrechte verurteilen

Das Parlament will die Rückschritte bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und damit verbundenen Rechte von Frauen in den USA und weltweit verurteilen.

16

Festakt zum 60. Jahrestag der Gemeinsamen Agrarpolitik

Am Montag, zu Beginn der Plenartagung, gedenken die Abgeordneten des 60-jährigen Bestehens der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

17

Parlament will vollwertiges Recht der gesetzgeberischen Initiative fordern

Die Abgeordneten wollen eine Überarbeitung des EU-Gesetzgebungsprozesses vorschlagen, um die Demokratie zu stärken, indem dem Parlament ein direktes Initiativrecht eingeräumt wird.

18

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Tagesordnungspunkte

19

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-06-06>

Plenar-Newsletter 6.-9. Juni 2022 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[EP-Multimedia-Center](#)

[EP-Newshub](#)

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press Officer in Germany

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Bernhard SCHINWALD

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17211

📱 (+43) 660 373 7367

✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Klimawandel: EU muss schneller handeln und Energieunabhängigkeit erreichen

Ein Großteil des EU-Klimapakets „Fit for 55“ steht zur Debatte und Abstimmung. Ziel ist die Bekämpfung des Klimawandels durch starke Senkung der Treibhausgasemissionen.

Am Mittwoch wird das Parlament in zwei Abstimmungen um 12:30 Uhr und 17:00 Uhr im Anschluss an die Plenardebatten am Dienstag seinen Standpunkt zu acht Vorschlägen festlegen, die Teil des Pakets "Fit für 55" sind. Damit will die EU die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 senken und im Einklang mit dem [EU-Klimagesetz](#) bis 2050 vollständig klimaneutral werden. Die angenommenen Texte werden das Mandat des Parlaments für die anschließenden Verhandlungen mit den EU-Regierungen über die endgültigen Gesetze darstellen.

Die einzelnen Vorschläge sind die folgenden:

[Reform des Emissionshandelssystems](#) (*Emissions Trading System, ETS*) einschließlich der [Überarbeitung des ETS in Bezug auf den Luftverkehr](#) und [CORSA](#): Die kostenlosen Zertifikate für die Industrie sollen schneller auslaufen. Später sollen auch die Bürgerinnen und Bürger in das ETS II einbezogen werden.

[CO2-Grenzausgleichssystem](#) (*EU Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM*): Breiterer Anwendungsbereich und schnellere Umsetzung des neuen Instruments zur Verhinderung der Verlagerung von CO2-Emissionen.

[Treibhausgasemissionen in anderen Sektoren](#) (Lastenteilungsverordnung):

Strengere Zielvorgaben, mehr Transparenz und weniger Flexibilität für die Treibhausgasemissionen der Mitgliedstaaten in anderen Sektoren

[CO2-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge](#): Weg zu einer vollständig emissionsfreien Mobilität im Straßenverkehr nach 2035 für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge

[Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft](#) (LULUCF): Das neue EU-Ziel für Kohlenstoffsinken wird das Reduktionsziel für 2030 de facto auf 57 % erhöhen

[Klima-Sozialfonds](#): Ein neuer Fonds, der den am stärksten von Energie- und Mobilitätsarmut Betroffenen helfen soll, die höheren Kosten der Energiewende zu bewältigen.

Debatte: Dienstag, 7. Juni

Abstimmungen: Mittwoch, 8. Juni

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, 8. Juni, 14.30 Uhr, mit Pascal CANFIN (Renew, FR), Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

[EP-Pressemitteilung: "Klimawandel: Europaabgeordnete drängen auf beschleunigte EU-Maßnahmen und Energieunabhängigkeit" \(17.05.2022\)](#)

[Video: „Fit für 55 im Jahr 2030 - Erklärung von Pascal CANFIN \(Renew, FR\) - Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit“](#)

[Pressemitteilung - „EU-Klimagesetz: Abgeordnete billigen Einigung über klimaneutrale EU bis 2050“ \(24.06.2021\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Climate action in the European Union: Latest state of play“ \(14.12.2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien Der Europäische Green Deal](#)

Ukraine: Ergebnisse des EU-Gipfels, Rada-Sprecher und Fragestunde mit Borrell

Debatte am Mittwoch über die Ergebnisse des vergangenen EU-Gipfels zur Ukraine. Am selben Tag wird der Präsident der ukrainischen Rada, Ruslan Stefantschuk, vor dem Plenum sprechen

In einer Aussprache mit den Präsidenten Charles Michel und Ursula von der Leyen (noch nicht bestätigt) wird das Parlament die [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 30. und 31. Mai](#) bewerten, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein sechstes Sanktionspaket gegen Russland wegen dessen Angriffs auf die Ukraine geeinigt haben. Das neue Paket beinhaltet unter anderem ein Verbot der Einfuhr von Rohöl als auch von Erdölzeugnissen, die aus Russland in die Mitgliedstaaten geliefert werden, mit einer vorübergehenden Ausnahme für Rohöl, das über Pipelines geliefert wird.

Später am Vormittag, um 11:30 Uhr, wird der Präsident der Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, in einer feierlichen Sitzung im Straßburger Plenarsaal persönlich zu den Abgeordneten sprechen.

Am Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zu den Bemühungen der EU befragen, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Drittländer zu bewältigen. Die Debatte wird in Form einer Fragestunde organisiert, in der Außenbeauftragten jeweils direkt auf die Fragen der Abgeordneten antwortet.

Debatten/Feierliche Sitzung: Dienstag, 7. Juni und Mittwoch, 8. Juni

Verfahren: Fragestunde mit dem EU-Außenbeauftragten, Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission, und Feierliche Sitzung

Weitere Informationen

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 30./31. Mai 2022](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Russische Aggression gegen die Ukraine\)](#)

Irischer Premierminister Micheál Martin spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ab 9:00 Uhr mit dem irischen Premierminister Micheál Martin über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

Dies ist die dritte Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel "Das ist Europa". Die erste fand auf der Plenartagung im März mit [Kaja Kallas](#), der Ministerpräsidentin Estlands, statt. Im Mai tauschten sich die Abgeordneten mit dem italienischen Premierminister [Mario Draghi](#) aus.

Im Anschluss an die Rede von Micheál Martin folgen die Bemerkungen der Fraktionsvorsitzenden.

Micheál Martin wurde am 27. Juni 2020 zum irischen Premierminister („*Taoiseach*“) ernannt. Zuvor war er in verschiedenen Regierungen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Unternehmen, Handel und Beschäftigung, Gesundheit und Bildung.

Weitere Informationen

[Biografie von Micheál Martin](#)

Zukunft Europas: Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge

Die Abgeordneten werden am Donnerstag eine erste Reihe von Änderungen der EU-Verträge fordern, um sicherzustellen, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden.

Der Entschließungsentwurf steht am Donnerstag zur Debatte und zur Abstimmung. Während der 12-monatigen Konferenz zur Zukunft Europas wurden Schlüsselbereiche für institutionelle Reformen angesprochen, wie z.B. die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat in den meisten Politikbereichen und die Ausweitung der EU-Befugnisse in den Bereichen Gesundheit und Energie, um nur einige zu nennen. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten in ihrem Entschließungsentwurf den Schwerpunkt auf einige bestimmte Bereiche legen werden.

Die Entschließung soll vor dem EU-Gipfel am 23. und 24. Juni angenommen werden, auf dem die Staats- und Regierungschefs der EU das Verfahren der Überarbeitung der EU-Verträge durch die Einsetzung eines Konvents offiziell einleiten könnten. Es wird erwartet, dass die Kommission Mitte Juni bekannt geben wird, welche Maßnahmen sie im Hinblick auf die Ergebnisse der Konferenz ergreifen will. Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments wird die Arbeit an einem zusätzlichen Bericht fortsetzen, in dem alle Positionen der Abgeordneten zur Änderung der Verträge dargelegt werden, und in dem alle Vorschläge der Konferenz, die eine institutionelle Reform erfordern, berücksichtigt werden.

Hintergrund

In einer Abschlussveranstaltung am 9. Mai in Straßburg erhielten die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, der französische Präsident Emmanuel Macron im Namen der Ratspräsidentschaft und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen von den Ko-Vorsitzenden des [Exekutivausschusses](#) der Konferenz den [Abschlussbericht](#). Dieser enthält [49 Vorschläge mit mehr als 300 Maßnahmen zu 9 Themen](#), die auf 178 Empfehlungen der [Europäischen Bürgerforen](#), Beiträgen der [nationalen Foren und Veranstaltungen](#), Ideen des [Europäischen Jugendevents](#) und 43 734 Beiträgen zu 16 274 Ideen basieren, die auf der [mehrsprachigen digitalen Plattform](#) erfasst wurden.

Debatte: Donnerstag, 9. Juni 2022

Abstimmung: Donnerstag, 9. Juni 2022

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas“](#)

[Pressemitteilung - „Zukunft Europas: Ehrgeizige Vorschläge sollen Reform der EU-Verträge auslösen“](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Die Konferenz zur Zukunft Europas“ \(20.01.2022\)](#)

[Verfahren der Konferenz zur Zukunft Europas](#)

[Zeitleiste der Konferenz zur Zukunft Europas](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Konferenz zur Zukunft Europas\)](#)

Gewinner des LUX-Filmpreises wird in Straßburg verkündet

Am Mittwoch, den 8. Juni um 12:00 Uhr wird der Gewinner des europäischen LUX-Publikumsfilmpreises 2022 während einer feierlichen Sitzung im Plenarsaal bekannt geben

Vertreter der [drei Filme](#), die für den LUX-Preis in die engere Wahl gekommen sind, werden zu den Abgeordneten über ihre Werke sprechen.

Als Ehrengast wird auch die Srebrenica-Überlebende Munira Subašić eine Ansprache halten. Sie wird mit den Machern des Films „Quo Vadis Aida?“ nach Straßburg reisen.

[Hier finden Sie Informationen über Interviewmöglichkeiten für Medienvertreter.](#)

Hintergrund

Der Gewinner des [LUX-Publikumspreises](#) - den das Europäische Parlament und die [Europäische Filmakademie](#) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem [Netzwerk „Europa Cinemas“](#) gemeinsam vergeben - wird von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ausgewählt (die jeweils zur Hälfte die endgültige Entscheidung tragen).

Preisverleihung: Mittwoch, 8. Juni, mittags

Pressekonferenz: Mittwoch, 8. Juni (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial: LUX-Preis 2022](#)

[Formular zur Anmeldung für Interviews mit den Nominierten des LUX-Filmpreises](#)

[Pressemitteilung - „Flee, Great Freedom und Quo Vadis Aida? konkurrieren um den LUX-Publikumspreis](#)

Besorgnis über Freigabe von für 35,4 Mrd. Euro an Polen durch EU-Kommission

Das Parlament wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Freigabe der Aufbaumittel für Polen befragen, obwohl die Rechtsstaatlichkeit dort weiterhin bedroht ist.

Nachdem die [Kommission den polnischen Aufbau- und Resilienzplan in Höhe von 35,4 Mrd. Euro gebilligt](#) hat, werden die Abgeordneten Ursula von der Leyen zu dieser Entscheidung befragen, da nach Meinung des Parlaments die [Rechtsstaatlichkeit in Polen seit langem und weiterhin gefährdet ist](#). Die Abgeordneten sind besonders besorgt über die Unabhängigkeit der Justiz (Verfolgung und Schikanie von Richtern), die Nichtumsetzung zahlreicher Urteile des EuGH und des EGMR sowie die Entscheidung des [polnischen Verfassungsgerichts](#), das den [Vorrang des nationalen Rechts vor den EU-Verträgen](#) verkündet hat. Die polnische Regierung hat einige Maßnahmen angekündigt, um die Situation zu verbessern. Aber selbst diese müssen noch umgesetzt werden, und viele Abgeordnete des Europäischen Parlaments werden die Maßnahmen voraussichtlich als "zu wenig, zu spät" kritisieren.

Hintergrund

Im Jahr 2017 leitete die Kommission ein [Verfahren nach Artikel 7](#) ein, um der möglichen Gefahr einer Verletzung der EU-Werte in Polen zu begegnen. Das Parlament hat den Rat seither wiederholt zum Handeln aufgefordert und im Jahr [2020 vor weiteren Rückschritten gewarnt](#). Seitdem hat sich die Situation weiter verschlechtert, unter anderem durch die Kriminalisierung der Sexualerziehung und ein [De-facto-Verbot der Abtreibung](#). Die Abgeordneten haben wiederholt die [Aktivierung des Konditionalitätsmechanismus](#) gefordert, um den EU-Haushalt vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in Polen zu schützen.

Debatte: Dienstag, 7. Juni

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: „EU values in Poland: MEPs wrap-up fact-finding visit to Warsaw“ \(23.02.2022, auf Englisch\)](#)

[Entschließung vom 21. Oktober 2021 zu der Krise im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen und dem Vorrang des Unionsrechts](#)

[Entschließung zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen \(17.09.2020\)](#)

[Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)

[Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 - Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit in Polen\)](#)

Krieg in der Ukraine: EU muss ihre außenpolitischen Verpflichtungen umsetzen

Als Reaktion auf Russlands Krieg in der Ukraine fordern die Abgeordneten eine schnellere Umsetzung der Erklärung von Versailles durch einen grundlegenden Wandel der EU-Außenpolitik

In einer Reihe von Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten und den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell werden die Abgeordneten ihre Vision für die Zukunft der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik darlegen und dabei auf die tiefgreifenden und lang anhaltenden geopolitischen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine eingehen.

Die Abgeordneten werden Fortschritte bei der Umsetzung des kürzlich von den Staats- und Regierungschefs der EU vereinbarten Fahrplans fordern. Dieser wurde in den [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24. und 25. März](#) und in der so genannten [Erklärung von Versailles](#) zur russischen Aggression gegen die Ukraine dargelegt, ebenso wie die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten, die Verringerung der Energieabhängigkeit und der Aufbau einer robusteren EU-Wirtschaft.

Die Erklärung von Versailles wurde von den Staats- und Regierungschefs der EU als Reaktion auf den Krieg bei ihrem informellen Treffen in Versailles, Frankreich, am 10. und 11. März 2022 verabschiedet.

Weitere Einzelheiten finden Sie [in dieser Pressemitteilung](#) (auf Englisch).

Die Plenardebatte mit Josep Borrell findet am Dienstagabend statt, die Abstimmung ist für Mittwoch vorgesehen.

Am Dienstagabend debattieren die Abgeordneten über einen Bericht über die Sicherheit in der Region der Östlichen Partnerschaft und die Rolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Abstimmung über diesen Bericht findet am Mittwoch statt.

Aussprache: Dienstag, 7. Juni

Abstimmung: Mittwoch, 8. Juni

Verfahren: Nichtlegislative Initiative

Weitere Informationen

[Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#)

[Multimediazentrum des EP: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(russische Aggression gegen die Ukraine\)](#)

Türkei: Menschenrechtslage verschlechtert sich weiter

Die Abgeordneten warnen die Türkei, dass sie ihre Menschenrechtsbilanz verbessern muss, wenn die Beitrittsgespräche fortgesetzt werden sollen.

Obwohl sich die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in letzter Zeit leicht verbessert hätten, sind die Abgeordneten besorgt über die anhaltende Verschlechterung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit in dem Land.

In einer Debatte am Montag und einer Abstimmung über den Jahresbericht zur Türkei am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich auch die Bereitschaft der Türkei begrüßen, im Krieg Russlands gegen die Ukraine als Vermittler aufzutreten, und betonen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die EU und die Türkei in der Außen- und Sicherheitspolitik gut zusammenarbeiten. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten auch die ablehnende Haltung des türkischen Präsidenten gegenüber dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens ansprechen werden.

Hintergrund

Aufgrund fehlender prodemokratischer Anstrengungen sind die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2018 effektiv zum Stillstand gekommen.

Debatte: Montag, 6. Juni

Abstimmung: Dienstag, 7. Juni

Verfahren: Nichtlegislative Initiative

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

[2021 Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Türkei, 18.05.2022](#)

[Pressemitteilung: „Little to none EU perspective for this Turkey, say MEPs“ \(25.04.2022, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Internationales Beschaffungswesen: Diskriminierung von EU-Firmen beenden

Am Donnerstag wollen die Abgeordneten das neue internationale Instrument billigen, das Drittländer dazu bringen soll, ihre Märkte für öffentliche Aufträge für die EU zu öffnen.

Das [Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen](#) (*International Procurement Instrument, IPI*) sieht Maßnahmen vor, die den Zugang von Nicht-EU-Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU einschränken, wenn die Regierungen dieser Länder EU-Unternehmen keinen vergleichbaren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewähren. Durch die Förderung der Gegenseitigkeit zielt das IPI darauf ab, diese geschützten Märkte zu öffnen und die Diskriminierung von EU-Unternehmen in Drittländern zu beenden.

[Im April unterstützten die Abgeordneten im Ausschuss für internationalen Handel](#) einstimmig die im März mit dem Rat erzielte informelle [Einigung](#) über die endgültige Form der Verordnung.

Debatte: Mittwoch, 8. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 9. Juni

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

[Berichtersteller Daniel Caspary \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „EU international procurement instrument“ \(17.03.2022, auf Englisch\)](#)

USA: Abgeordnete wollen mögliche Aufhebung der Abtreibungsrechte verurteilen

Das Parlament will die Rückschritte bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und damit verbundenen Rechte von Frauen in den USA und weltweit verurteilen.

Der Oberste Gerichtshof der USA könnte dafür stimmen, die Garantie für landesweiten Schutz der Abtreibungsrechte aufzuheben. Dann könnte jeder US-Bundesstaat selbst entscheiden, Abtreibungen einzuschränken oder zu verbieten. In einer Debatte am Mittwoch und einer Entschließung, über die am Donnerstag abgestimmt werden soll, fordern die Abgeordneten, den Zugang zu Abtreibungsdiensten auf Bundesebene zu schützen.

In der EU gefährdet das nahezu vollständige Abtreibungsverbot in Polen seit 2020 weiterhin Leben, so die Abgeordneten. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten ihre Forderung bekräftigen, dass Frauen, die aus der Ukraine fliehen, in den Transit- und Aufnahmeländern Zugang zu Abtreibungsdiensten und anderen wichtigen Diensten der reproduktiven und sexuellen Gesundheit erhalten müssen.

Debatte: Mittwoch, 8. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 9. Juni

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung - „European Parliament calls for repeal of new Texas abortion restriction“ \(7.10.2021, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung - „Polen: Restriktives Abtreibungsgesetz darf keine weiteren Opfer fordern“, 11.11.2021](#)

[Pressemitteilung - „War in Ukraine: protecting women refugees from violence and sexual exploitation“, \(5.5.2022, auf Englisch\)](#)

[Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Festakt zum 60. Jahrestag der Gemeinsamen Agrarpolitik

Am Montag, zu Beginn der Plenartagung, gedenken die Abgeordneten des 60-jährigen Bestehens der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, der Minister für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität Marc Fesneau im Namen der französischen Ratspräsidentschaft, Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski und der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Norbert Lins (EVP, DE) werden vor dem Plenum sprechen.

Der Festakt findet zu einem wichtigen Zeitpunkt statt, denn der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, wie wichtig die Gewährleistung der Ernährungssicherheit ist - eines der Hauptziele der GAP. Die EU hat Ende letzten Jahres eine umfassende Reform der GAP beschlossen, die 2023 in Kraft treten wird.

Fragestunde zum Einsatz von Pestiziden

In einer separaten Debatte am Montagabend werden die Abgeordneten mit der Kommission in einer Fragestunde erörtern, wie der Einsatz von Pestiziden verringert und die Verbraucher wirksamer geschützt werden können.

Festakt/Debatte: Montag, 6. Juni

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „1962-2022: The EU common agricultural policy at 60“ \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Parlament will vollwertiges Recht der gesetzgeberischen Initiative fordern

Die Abgeordneten wollen eine Überarbeitung des EU-Gesetzgebungsprozesses vorschlagen, um die Demokratie zu stärken, indem dem Parlament ein direktes Initiativrecht eingeräumt wird.

In dem Berichtsentwurf, der am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung steht, wird hervorgehoben, dass es höchste Zeit ist, dem Parlament ein „allgemeines und direktes“ Initiativrecht zu geben. Dies würde die Entwicklung der EU widerspiegeln und das Gleichgewicht in der institutionellen Architektur wiederherstellen - wenn die Verträge das nächste Mal überarbeitet werden.

Die Abgeordneten argumentieren, dass der Rat und die Kommission das bestehende, indirekte Initiativrecht des Parlaments behindert haben, und verweisen unter anderem auf die Haltung des Rates, als das [Parlament das Verfahren nach Artikel 7 einleitete](#), und auf das Fehlen einer angemessenen Reaktion auf ihren Vorschlag für einen umfassenden [Mechanismus zum Schutz der EU-Werte](#).

Das Recht der gesetzgeberischen Initiative ist fast ausschließlich der Europäischen Kommission vorbehalten, während sowohl der Rat als auch das Parlament ein indirektes Initiativrecht haben. Die Verträge räumen dem Parlament nur in bestimmten Fällen ein direktes Initiativrecht ein, z. B. bei Vorschriften über seine eigene Zusammensetzung, die Europawahlen und die Aufgaben der Abgeordneten.

Aussprache: Mittwoch, 8. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 9. Juni

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen „Auf einen Blick“ zu verschiedenen Plenarthemen](#)
[Presseerklärung nach der Abstimmung im Ausschuss für konstitutionelle Fragen \(28.04.2022, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatter Paulo Rangel \(EVP, PT\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „European Commission follow-up to European Parliament requests 2019 - 2021“ \(19.05.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Initiativrecht des Europäischen Parlaments“ \(08.07.2020\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Parliament's right of legislative initiative“ \(12.02.2020, auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Ein neues Instrument zum Verbot von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei zwischen der EU und Mauretanien und zugehöriges Durchführungsprotokoll - *Empfehlung: Izaskun Bilbao Barandica, Abstimmung Mittwoch*
- Die EU und die sicherheitspolitischen Herausforderungen im indopazifischen Raum - *Bericht: David McAllister, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Inseln und Kohäsionspolitik der EU - *Bericht: Younous Omarjee, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Fahrplan des EAD für Klimawandel und Verteidigung - *Bericht: Thomas Waitz, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Artikel 17 der Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik - *Bericht: Caroline Roose, Debatte Montag*
- Stärkung des Mandats von Europol: Eingabe von Ausschreibungen im SIS - *Bericht: Javier Zarzalejos, Abstimmung Mittwoch*
- Illegaler Holzeinschlag in der EU, *Parlamentarische Anfrage, Debatte Donnerstag, Abstimmung auf der Juni-II-Plenarsitzung*
- Vorschlag der EU-Kommission „Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern“, insbesondere die Fachkräftepartnerschaften mit nordafrikanischen Ländern, *Mittwoch, Debatte zu aktuellen Themen*